

historisches Pressearchiv und
Informationszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Ritz: 030 760 00 130 - Nr. 067001787

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 19, 18. September 2003

Einblicke

Neue Dimension

Von Gabriele Nandlinger

Die Bewertung des bayerischen Innenministers, Günther Beckstein, es gebe eine „neue Dimension der Bedrohung“ aus dem Rechtsextremismus, ist zutreffend. Dass Neonazis etwaige Sprengstoffanschläge auf jüdische, aber auch auf muslimische und griechische Einrichtungen vorbereiteten, hat zweifellos besondere Aufmerksamkeit verdient. Wir alle müssen jetzt aufpassen.

Es ist übertrieben, jetzt Begriffe wie „Braune-Armee-Fraktion“ zu bemühen. Waffenfunde bei Neonazis hat es immer wieder gegeben, auch in jüngster Zeit. Die Münchner Ereignisse weisen aber auf eine vielfach unterschätzte Gefahr hin. Verfassungsschützer warnen schon lange vor der „latenten Gewaltbereitschaft“ insbesondere der rechtsextremen Kameradschaftsszene, die sich aus militanten Skinheads und Neonazis speist und kontinuierlich Zulauf hat. Eine erhebliche Rolle als Aufputschdroge zu Hass und Gewalt spielt die Musik. Im Prozess gegen Mitglieder der Skinhead-Band „Landser“ in Berlin wurde bekannt, dass sich in mehreren Fällen rechte Schläger vor ihren Untaten mit gewaltverherrlichenden „Landser“-Liedern vollgedröhnt hatten.

Vergessen werden sollte nicht, dass es vor 23 Jahren in München einen Sprengstoffanschlag eines rechtsextremen Täters gegeben hat: 13 Menschen kamen ums Leben, mehr als 200 wurden zum Teil schwer verletzt. Ähnliches hätte jetzt auch passieren können. Dass die Polizei ein Attentat vereiteln konnte und mehrere Verdächtige verhaftete, ist zwar beruhigend, macht aber den Schock nicht kleiner. Doch wird er nachhaltig wirken? Das ist durchaus zu bezweifeln. Nach aller Erfahrung lässt das Erschrecken in der Politik und den Medien über die „neue Dimension des Rechtsextremismus“ rasch wieder nach. Anders sähe es vermutlich aus, hätte es sich bei den verhinderten Attentätern um Islamisten gehandelt. Aber die drohende Gefahr von Rechts ist real. Also: Nicht nur den Zeigefinger heben, sondern durchgreifen.

Aktiver Unterstützer

Der verhinderte Neonazi-Attentäter Martin Wiese hat häufig an Aktionen der Münchner Organisation „Demokratie direkt“ teilgenommen. **Seite 2 ■**

Wiederaufbau

Die nordrhein-westfälischen Jungen Nationaldemokraten aktivieren ihren abgewirtschafteten Landesverband. **Seite 3 ■**

Rechtes Sammelbecken

Unter dem Dach der Deutschen Partei tummeln sich auch Vertreter des neonazistischen Spektrums. **Seite 4 ■**

„Henker von Ommen“

Ein 1952 aus den Niederlanden in die Bundesrepublik geflüchteter Kriegsverbrecher steht jetzt wegen Mordes vor Gericht. **Seite 7 ■**

Rettungsaktion

Vor 60 Jahren brachten die Dänen innerhalb von drei Wochen ihre jüdischen Landsleute vor den Nazis in Sicherheit. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Aktionspartner**

Militante Neonazis haben in München Sprengstoffanschläge auf jüdische und ausländische Einrichtungen geplant. Der verhinderte Attentäter Martin Wiese hat sich auch bei der rechten Sammlungsbewegung „Demokratie direkt“ gezeigt.

Die gewaltbereite rechte Szene sorgt wieder einmal für Schlagzeilen. Nachdem die Polizei am 9. September 15 Kilogramm Sprengstoff bei verschiedenen Hausdurchsuchungen gefunden hatte, wurden fünf Neonazis in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verhaftet. Zwei Verdächtige aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden bald freigelassen. In den nächsten Tagen gingen die Razzien und Festnahmen weiter. Mittlerweile hat Generalbundesanwalt Kay Nehm die Ermittlungen übernommen. Gegen zehn Rechtsextremisten wurde Haftbefehl erwirkt, acht befinden sich in Untersuchungshaft. Es stellte sich nämlich heraus, dass wahrscheinlich ein großer Neonazianschlag verhindert werden konnte. Am 9. November sollte ein Bombenanschlag auf die Baustelle eines jüdischen Gemeindezentrums in München verübt werden, das an diesem Gedenktag eingeweiht wird. Neben jüdischen Einrichtungen sollen die Neonazis noch ausländische Anschlagssziele im Visier gehabt haben.

Die Aufdeckung dieser Pläne war einem Zufall zu verdanken. Am 19. Juli war in Unterschleißheim bei München ein 23-jähriger Mann von zwei Skinheads schwer verletzt worden. Der Angegriffene hatte sich nach eigenen Angaben von der Szene losgesagt und war deshalb von seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen bestraft worden. Im Zuge der Ermittlungen kamen die Sprengstoff- und Waffenfunde an die Öffentlichkeit.

Zu den jetzt Festgenommenen gehört der 27-jährige Martin Wiese. Bei ihm wurden unter anderem zwei scharfe Schusswaffen, mehrere Stichwaffen, eine Streitaxt, Sturmhauben und umfangreiche schriftliche Unterlagen sichergestellt. Wiese agiert als informeller Führer der Kameradschaft München Süd – Aktionsbüro Süddeutschland, einer Gruppe von etwa 25 Neonazis und Skinheads. Gegen ihn wurde bereits 2001 ermittelt, weil er an dem Versuch beteiligt gewesen sein soll, einen griechi-

schen Passanten zu töten. Das Verfahren war wegen Mangel an Beweisen eingestellt worden.

Wiese ist auch für rechte Bündnisarbeit zuständig. Er war häufig bei Aktionen der rechten Sammlungsbewegung „Demokratie direkt“ zu sehen. Dort arbeiten offene Neonazis mit Rechtskonservativen und Republikanern zusammen. Das verfolgte Konzept einer regionalen Selbstorganisation rechter Gruppen über Parteigrenzen hinweg geht auf einen Diskussionsbeitrag des in der Deutschlandbewegung (Alfred Mechtersheimer) aktiven Augsburgers Roland Wuttke zurück, der im Strategieblatt „Nation&Europa“ im Frühjahr 2002 abgedruckt war.

Der Grundsatz von „Demokratie direkt“ lautet, die Bürger mit scheinbar neutralen Themen anzusprechen und so für rechte Inhalte empfänglich zu machen. So sammelte die Gruppe Unterschriften für den Erhalt eines Atombunkers in München. Damit sollte der an dieser Stelle geplante Bau einer Synagoge und eines jüdischen Museums verhindert werden. Das Ziel wollten die Neonazis jetzt offenbar mit Sprengstoff durchsetzen.

Nach Angaben des Publizisten Max Brym stützt sich „Demokratie direkt“ bei den Aktionen schwerpunktmäßig auf den Münchner Arbeiterstadtteil Giesing. Auf Diskussionsveranstaltungen sollen bis zu 100 Besucher angelockt worden sein. Das letzte Mal geriet „Demokratie direkt“ am 17. Juni in die Schlagzeilen. Die Organisation hatte eine Mahnwache „zum Gedenken an den Volksaufstand in Ostdeutschland“ angemeldet, um, so die Ankündigung, gegen „Volksbetrug“, „Masseneinwanderung von Ausländern, kulturelle Verflachung und sexuelle Perversion“ zu demonstrieren. Doch nur knapp ein Dutzend Rechtsextremer fand sich am Münchner Stachus ein. Darunter war Martin Wiese mit weiteren Mitgliedern seiner Kameradschaft.

An der Mahnwache soll ein gewählter Kreisrat der CSU teilgenommen haben. Auch der Münchner Sprecher von „Demokratie direkt“, Thomas S. Fischer, ist bekennendes CSU-Mitglied. Mittlerweile ist auf der Homepage der Organisation eine Distanzierungserklärung von Wiese zu lesen. „Weder ist Martin Wiese Mitglied von Demokratie direkt, noch hat der Verein etwas mit angeblich geplanten Sprengstoffattentaten zu tun. Unsere Aktivitäten beschränken sich auf Mahnwachen und das Verteilen von Flugblättern ...“ heißt es dort. Zu der Teilnahme Wieses an diesen Aktivitäten ist in der Erklärung nichts zu lesen.

Peter Nowak

Aktivitäten**Neuer Anlauf**

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) in NRW bemühen sich um einen Wiederaufbau ihres maroden Landesverbandes.

Einmal mehr lud der nordrhein-westfälische JN-Landesverband am 7. September zu einer Veranstaltung. Thema: „Gemeinschaft und Gesellschaft – Was ist Volksgemeinschaft?“ Als Referent war der Leiter des Arbeitskreises „Volk und Staat“ im NPD-Bundesvorstand, Jürgen Schwab, ins sauerländische Altena-Evingsen angereist. Der in Süddeutschland lebende NPD-Ideologe weilte Anfang September in Begleitung des NPD-Liedermachers Jörg Hähnel ohnehin in NRW. Am Tag zuvor waren beide bereits auf einer Veranstaltung des ostwestfälischen NPD-Kreisverbandes Minden/Lübbecke aufgetreten. Schwab erklärte dort „die genauen Unterschiede zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, und stellte ein Konzept vor, mit welchem die Volksgemeinschaft im Deutschen Reich wiederhergestellt werden kann“, heißt es in einem Bericht der teilnehmenden NPD Münster. Schwabs Vortragsthema sei, so schreibt die September-Ausgabe der „Deutschen Stimme“, Teil eines „neuen Arbeitsprogramms“, dessen „Schwerpunkte [...] Schulungen und die hierzu begleitende nationaldemokratische Schriftenreihe ‘Profil’“ seien.

Lange Zeit war so gut wie nichts vom JN-Landesverband in NRW zu hören gewesen. Streitigkeiten auf Bundesebene über die politische Linie der NPD-Jugend hatten 1999 tiefe Einbrüche im Kader- und Mitgliederstamm des zuvor relativ aktiven und mitgliederstarken Landesverbandes zur Folge gehabt. Der damalige JN-Landesvorsitzende Achim Ezer trat 1999 nach seiner Niederlage gegen seinen Widersacher Sascha Roßmüller bei der Wahl eines neuen JN-Bundesvorsitzenden zurück, auch sein Stellvertreter Frank Amberg stand nicht mehr zur Verfügung. Mit ihren Nachfolgern, dem Schwelmer Thorsten Crämer und seinem Stellvertreter Nico Wedding aus Duisburg, manövrierte sich im Juli 2000 auch die nächste Führung ins Aus. Beide wurden wegen Beteiligung an einem Angriff auf eine KZ-Gedenkstättenveranstaltung zu 24- beziehungsweise 18-monatigen Haftstrafen verurteilt. Die Mitgliederzahl schrumpfte nach Angaben des NRW-Verfassungsschutzes bis ins Jahr 2002 auf 30 Personen. Für die „desolate Verfassung“ sei ins-

besondere das ehemalige JN- und heutige NPD-Landesvorstandsmitglied Claus Cremer aus Bochum verantwortlich, so Wedding. Dieser habe sich in Crämers und seiner Abwesenheit „aus eigener Machtvollkommenheit selbst zum Landesvorsitzenden“ ernannt und durch seine „katastrophale Führung“ die Jungen Nationaldemokraten in Nordrhein-Westfalen abgewirtschaftet.

Am 22. Juni vergangenen Jahres übernahm dann Wedding als neu gewählter JN-Landesvorsitzender persönlich das Ruder. Fünf Monate später wurde er, ebenso wie Thorsten Crämer, zudem als Beisitzer in den JN-Bundesvorstand gewählt. Seit der „Machtübernahme“ durch Wedding und seiner heutigen Stellvertreter, dem JN-Bundespressesprecher Oliver Westerwinter aus Bottrop sowie dem Vize Thorsten Bagehorn, bemüht sich der JN-Landesverband um die Anwerbung neuer Mitglieder und um wieder stärkere politische Aktivitäten. Zwischenzeitlich wurden mehrere Vortrags- und Schulungsveranstaltungen, Lieder- und Kameradschaftsabende, öffentliche Infostände und zwei Landeskongresse organisiert, nicht selten mit Beteiligung hochkarätiger Parteifunktionäre wie Frank Schwerdt, Stefan Lux, Stefan Rochow, Martin Laus und Jürgen Schwab sowie dem unvermeidlichen Horst Mahler. Auf Demonstrationen – unabhängig von welcher extrem rechten Fraktion organisiert – fehlt die JN-NRW nur selten.

■ „Nationalrevolutionäre Speerspitze“ ■

Lokale JN-Gruppen beschränken sich aber derzeit noch auf das westliche Ruhrgebiet, insbesondere auf Bottrop und Duisburg. Auch die regelmäßige Herausgabe der Zeitschrift „Schwarze Fahne“ scheint Schwierigkeiten zu bereiten. Der im Anschluss an den letzten Landeskongress am 2. August geplante „Große Kameradschaftsabend“ mit dem Liedermacher Frank Körner und der Band „Aaskereia“ fand nach Angaben der „LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW“ wegen einer spontanen Gegendemonstration gar nicht erst statt. Es habe sich dennoch gezeigt, so die JN-Führung, dass „sich die JN-NRW im politischen Aufschwung befindet“. „Nachhaltigkeit und politischer Kompetenzzuwachs haben unbedingten Vorrang vor einem Hau-Ruck-Aufbau“. Ob es dem NRW-Ableger der „national-revolutionären Speerspitze der Nationaldemokratischen Partei“, so Rochow, jedoch gelingen wird, wieder an ihren früheren Aktivitätsgrad anzuknüpfen, bleibt abzuwarten. *Pierre Briegert*

Aktivitäten**Militante Zugänge**

Unter dem Dach der Deutschen Partei versammeln sich Anhänger der Republikaner bis hin zu Neonazis.

Bereits beim Pressefest des NPD-nahen Deutschen Stimme Verlags im August in Meerane (Sachsen) fiel die starke Präsenz der normalerweise vor sich hin dümpelnden Deutschen Partei auf. Der große Werbestand im Vorhof des Hotelkomplexes, mit bunten Fahnen aufgemacht, widersprach dem Bild von der angeblich verkalkten Kleinstpartei. Angepriesen wurde vor allem das neue Buch des Bundesvorsitzenden der Deutschen Partei (DP), Heiner Kappel aus Hessen. Mit Flugblättern warb die DP für eine eigene Vortragsveranstaltung zum Thema „Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“ mit dem ehemaligen Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof im Oktober in Berlin.

Im Jahr 2000 war es zum Bündnis zwischen dem Bund freier Bürger unter Heiner Kappel und der wertekonservativen DP gekommen. Im Bundesvorstand sind nun neben dem bisherigen DP-Vorsitzenden Professor Johannes Freiherr von Campenhausen BFB-Anhänger wie der hessische Bauunternehmer Helmut Kirchner vertreten. Vorstandsmitglied Professor Achim Fahs soll im Herbst 1999 einer Veranstaltung der rechtsextremen Nation Europa Freunde ein Grußwort übersandt haben. Kappel setzt auch, wie bereits beim Bund freier Bürger, auf die Deutsche Partei als nationale Sammlungsbewegung.

Oder wird die Deutsche Partei gar zum Deckmantel für rechtsradikale Kräfte? Die Besetzung des neu gewählten thüringischen Landesvorstandes könnte für diese Theorie sprechen: denn Landesvorsitzender ist Kurt Hoppe, ehemaliges DVU-Landesvorstandsmitglied und Anhänger der Republikaner. Der thüringische Verfassungsschutz schreibt über Hoppe: „Hoppe machte bereits in der Vergangenheit auf sich aufmerksam, als er für eine basisbezogene Zusammenarbeit rechtsextremistischer Parteien in Thüringen eintrat und auch so genannte freie nationalistische Kräfte in seine Arbeit einbeziehen wollte.“ Und: „In der Vergangenheit hatte sich Hoppe bereits daran beteiligt zwei ‘überparteiliche Strategietreffen’ bei Eisenach

zu organisieren“. Das führende DP-Vorstandsmitglied in Thüringen, Kurt Hoppe kennt also keine Berührungängste zu Rechtsextremisten, wie er auch bei einem Neonazi-Aufmarsch mit Szenegrößen wie André Kapke und Ralf Wohlleben in Erfurt am 23. März 2002 unter Beweis stellte. Am 8. März dieses Jahres fand im Raum Suhl unter dem Motto „Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze“ die „Dritte Süd-West-Thüringer Runde freier Nationalisten“ statt, eine Saalveranstaltung an der zahlreiche Rechtsextremisten teilnahmen, auch hier gehörte Hoppe, nach Angaben der Behörden, zu den Organisatoren.

Stellvertretender Landesvorsitzender der DP in Thüringen ist Christian Bärthel, ein ehemaliger NPD-Anhänger und ehemaliges DVU-Mitglied. Bärthel ist auch Pressesprecher der DP und soll bei der für den 18. Oktober geplanten Demonstration in Erfurt neben bekannten Neonazis wie Christian Worch und Gerd Ittner als Redner auftreten.

Dritter im Bund ist der Beisitzer im Landesvorstand der Deutschen Partei, Bäckermeister Michael Burkert aus Friedrichroda. Burkert gilt als einer der führenden Köpfe des ehemaligen NSAW, das sich inzwischen „Aktionsbüro Thüringen – Koordinierungsstelle für den Widerstand in Thüringen“ nennt und für zahlreiche rechtsextreme Aktivitäten und Aufmärsche steht. Führender Kopf des Aktionsbüros soll der Neonazi Marco Polzius sein. Das rechtsextreme Störtebeker-Netz bezeichnet Burkert als „Nationalisten“, der sich an Bürgerprotesten gegen ein geplantes Asylbewerberheim in Gotha beteiligt.

Also eine ziemlich einschlägige Truppe, die sich in Thüringen unter dem Dach der Deutschen Partei da versammelt hat.

Andrea Röpke

Hinweis

Fürstenberg/Havel – Dem Thema „Geschlechtsspezifisch in der rechtsextremistischen Szene“ widmet sich ein vom 17. bis zum 19. Oktober 2003 stattfindendes Wochenend-Seminar in Fürstenberg/Havel. Die vor allem für Pädagogen, Erziehungswissenschaftler und Antisemitismusforscher konzipierte Veranstaltung wird von der Gedenkstätte Ravensbrück in Kooperation mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin organisiert. Kontakt und Anmeldung: Matthias Heyl, Tel. (033093) 603-85, E-mail: paedagogik@ravensbrueck.de

Aktivitäten

Ein Tag in Sachsen

Rechtsextremisten mischen Diskussionsveranstaltung der sächsischen Landesregierung auf.

Der diesjährige „Tag der Sachsen“ unter Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Erich Iltgen fand am ersten Septemberwochenende in Sebnitz statt. Der Veranstaltungsort sollte ein Teil der Wiedergutmachung für die bundesweit durch den „Fall Joseph“ bekannt gewordene Stadt sein. Weniger gern spricht man hier von der „White Warrior Crew“. Oder dem Arzt Johannes Müller, dem Stadtrats- und Kreistagsabgeordneten der NPD. Ihm war es bundesweit erstmalig gelungen, unter Einschluss des DSU-Abgeordneten, mit der FDP eine gemeinsame Oppositionsfraktion im Rat aufzustellen. Fast ein Jahr funktionierte die Zusammenarbeit mit Wissen des FDP-Landesvorstandes. Es bedurfte erst einer Intervention der Bundespartei, um die Gemeinschaft zu beenden.

Neben Festumzügen, Bratwürsten, Kinderbelustigungen, Schlagersängern sowie Präsentationen vieler Gewerbe und Vereine, ist der „Tag der Sachsen“ seit Jahren auch offizieller Standort rechter Gruppen und Parteien wie JLO und NPD. Etwas am Rande der Feier und somit erfreulich schlecht besucht, standen diesmal gemeinsam die Stände von JLO, NPD und Republikanern, eingehüllt von Heino-Gesängen und Trachten. Günstiger platziert war das „Nationale Bündnis Dresden“ (NB DD), ein Zusammenschluss aus Vertretern rechtsextremer Parteien und freien Kameraden, welches zur nächsten Kommunalwahl begeistern will.

Den bisherigen Höhepunkt der Beteiligung der rechten Gruppen an staatlichen Veranstaltungen dürfte die samstägliche Veranstaltung „Kampf den Verführern – Sind rechtsorientierte Organisationen eine Gefahr für junge Leute?“ gewesen sein. An den Tischen hatten sich bereits knapp 30 aktive Personen der äußersten Rechten platziert. Darunter Kerstin Lorenz, Landesvorsitzende der Republikaner, der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei, Frank Rohleder, einige Vorstandmitglieder der NPD wie Jürgen W. Gansel und Jürgen Schön. Bei ihnen Alexander Kleber (JLO), Tino Karsch von den Skinheads Sächsische Schweiz. Sehr deutlich zu erkennen, die schwar-

zen T-Shirts mit dem weißen Aufdruck für das Nationale Bündnis.

Die Diskussionsteilnehmer, Innenminister Horst Rasch (CDU), die Sozialministerin Helma Orosz (CDU), der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Adler und ein Mitglied der Aktion Zivilcourage, hatten von Beginn an ihrer Ausführungen gegen die Geräuschkulisse der vorderen Tische anzukämpfen. Als noch ein Film von der rechtsextremen IWG-Demonstration in Dresden gezeigt wurde, auf welcher deren damaliger Vorsitzender „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“ rief, gab es lautstarken Beifall und Gejohle.

Immer wieder sprang Holger Apfel, NPD-Bundesvize, Chefredakteur des NPD-Blatts „Deutsche Stimme“ und führend beim „Nationalen Bündnis“, auf, unterbrach mit hochrotem Kopf und angeschwollenen Schlagadern die Diskutanten. Er möchte, meinte Innenminister Rasch schließlich, um die Veranstaltung fortzusetzen zu können, dass jemand von den Rufern auf das Podium käme und mitdiskutieren solle. Das war die Stunde von Holger Apfel. „Wir leben in einem Überwachungsstaat“, begann er, nachdem er vorne Platz genommen hatte. Nationale und Patrioten würden kriminalisiert. Der Staat sehe linker Gewalt wohlwollend zu. Apfel redet sich in Rage und begann zu brüllen. Sein Anhang, bis jetzt ruhig, tat es ihm gleich.

■ NPD-Bundesvize auf dem Podium ■

Peter Adler verlässt mit den Worten, dass er es nicht zulasse, dass hier Deutschland beschimpft werde, als Erster das Podium; die beiden Mitglieder der Landesregierung folgten ihm alsbald. Dem hilf- wie argumentlosen Moderator Hartwig Hochstein, Chefredakteur einer Regionalzeitung, gelang es nicht, Apfel zum Abbruch seines Redeflusses zu bewegen. An die „lieben Bürger und Bürgerinnen“ gewandt, verkündete der, – das Mikrofon war bereits abgeschaltet – hier sei zu erleben, dass die Demokraten mit den Nationalen nicht diskutieren wollen. Die 30 Rechten verließen das Zelt zufrieden.

Es kam am „Tag der Sachsen“ auch zu mehreren gewalttätigen Übergriffen gegen nichtrechte Jugendliche durch frühere SSS-Mitglieder, unter anderem an der Bühne des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Nach Mitteilung von AMAL, einer Hilfsorganisation für Opfer rechter Gewalt, erlitt eine Person eine Unterkieferfraktur. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**„Ehrenschutz“****Thema Wehrmacht eint die Neonazis.**

Wo immer die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ bisher Station machte – Neonazis tauchten dort auf. Zuletzt in Schwäbisch Hall und Peenemünde. So wird es auch in Dortmund sein, wo die Ausstellung vom 19. September bis zum 2. November zu sehen ist. Schon vor einem halben Jahr hatten die Neonazis einer sich selbst „Völkisch orientierte Gemeinschaft“ (VOG) nennenden Dortmunder Gruppierung zwei Demonstrationen am 20. September und 25. Oktober sowie fünf so genannte „stationäre Kundgebungen“ zum „Ehrenschutz der deutschen Wehrmacht“ angekündigt.

„Der nationale Widerstand formiert sich bereits und wird die Ausstellung von Anfang bis Ende immer wieder mit öffentlichen Protestaktionen begleiten“, tönte das Aktionsbüro Norddeutschland. Und da das Thema Wehrmacht die braune Szene über alle Differenzen hinweg eint, stimmte auch Christian Worch, den mit dem Aktionsbüro ansonsten derzeit eher eine herzliche Abneigung verbindet, in den Chor ein: „Wochenende um Wochenende“, so gab er martialisch von sich, würden Demonstrationen „gegen das Machwerk der Herren Reemtsma und Heer“ organisiert. Dass Hannes Heer inzwischen mit dem Projekt gar nicht mehr verbunden ist – solche und andere Feinheiten spielen für Worch und Co. keine Rolle. Bundesweit mobilisiert die Kameradschaftsszene nach Dortmund. Aufrufe zu den Demonstrationen sind aber auch auf Internetseiten der NPD zu finden.

Der Initiativkreis Wehrmachtsausstellung, der die Ausstellung nach Dortmund holte, will nicht tatenlos zusehen, wenn Neonazis auf die Straße gehen. Für den 20. September hat er zu einem „großen und friedlichen Demonstrationszug“ aufgerufen. Deutlich werden soll: Wer gegen die Ausstellung Sturm laufe, „rennt gegen eine Stadt an, die diese Ausstellung beschlossen hat, gegen eine Region, die in weit über 100 Veranstaltungen mehr über Verbrechen und Krieg erfahren will, um für den Frieden handeln zu können“. Erstaunlich breit ist das Spektrum der 75 Gruppierungen aus Dortmund und der Region, die sich mit eigenen Veranstaltungen am Rahmenprogramm beteiligen. Informationen unter <http://www.waindo.de>. T.S.

Grauzone**Der Mann für's Grobe****Schills Nachfolger für ein „Weiter so!“**

Der neue Hamburger Innensenator Dirk Nockemann (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) hat zwei Gesichter: Mal tritt der 45-Jährige als Biedermann auf, mal als rhetorisch versierter Brandstifter. Als Karriereziel nennt der Familienvater „Lebenszeitbeamter“. Lautlos und unspektakulär agierte der studierte Jurist knapp zwei Jahre lang als dritter Mann – hinter Senator Schill und Staatsrat Wellinghausen – in der Innenbehörde als Büroleiter. Widerspruch gegenüber seinem Dienstherrn wagte der Analytiker erst zum Schluss, als er für die Entlassung des affärenbelasteten Staatsrats plädierte. Seine Kicks holte sich Nockemann als stellvertretender PRO-Fraktionsvorsitzender mit wortgewaltigen Auftritten in der Hamburger Bürgerschaft.

Der Hang zu rhetorischen Spitzen und seine inhaltlich oft gewagten Thesen haben dem in Hagen/Westfalen Gebürtigen den Ruf als „Schills Mann für's Grobe“, so SPD-Fraktionschef Walter Zuckerer, eingebracht. Die Liste seiner unrühmlichen Auftritte im Stadt-Parlament ist lang: In einer Debatte über Ausländerpolitik bezeichnete er Zuwanderer als „Brückenköpfe fremder Kulturen, gegen die wir unsere Kultur verteidigen müssen“. Die Folterdrohung der Frankfurter Polizei gegen einen Kindesentführer fand der Rechtsgelehrte „aus menschlicher Sicht verständlich“ und forderte, juristisch zu überprüfen, ob sich die Polizei in ähnlichen Fällen auf „übergesetzlichen Notstand“ berufen dürfe. Auch der eine oder andere Ordnungsruf ist auf dem parlamentarischen Konto des ehemaligen Jungsozialisten verbucht.

Nockemann gehört zu dem Führungspersonal der Schill-Partei der ersten Stunde. Nach dem Studium arbeitete er als Referatsleiter im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Von August bis Oktober 2001 bekleidete er dort den Direktoren-Posten des Landesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten. Nockemann hat angekündigt, den politischen Kurs der Innenbehörde fortsetzen zu wollen. Inhaltlich steht er weiter voll hinter Schills knallhartem Ansatz bei der Kriminalitäts- und Drogenbekämpfung. Auch die Bambulisten und andere Schmutzkinder in der Stadt dürfen nicht auf den Kuschelfaktor hoffen. Volker Stahl

Hintergrund

Einer von Breda

Der 1952 geflüchtete Kriegsverbrecher Herbertus Bikker lebte Jahrzehnte lang unbehelligt in der Bundesrepublik. Jetzt steht er wegen Mordes vor Gericht.

„Warum ein niederländischer Kriegsverbrecher in aller Sicherheit in Deutschland Tulpen züchten kann“, titelte vor fünf Jahren eine Zeitschrift im holländischen Utrecht. Mit ihr stellten sich viele Niederländer verständnislos diese Frage. Mitten in Deutschland, im westfälischen Hagen, lebte schon seit mehr als vier Jahrzehnten weitgehend unbehelligt von Justiz und Öffentlichkeit der gebürtige Holländer Herbertus Bikker. Lange Zeit interessierte sich niemand dafür, was der freundliche Alte getrieben hatte, bevor er 1952 in die Bundesrepublik gekommen war. Jetzt erst steht er, 88-jährig, in Hagen wegen Mordes vor Gericht – intensiv beobachtet vor allem von holländischen Medien.

Die Niederlande sind von Hitlers Wehrmacht noch nicht besetzt, als Bikker sich 1939 der NSB, der Nationalsozialistischen Bewegung seines Heimatlandes, anschließt. Zwei Jahre später geht er zur Waffen-SS – was ihm auch die später für ihn so wichtige deutsche Staatsbürgerschaft einbringt. Wiederum zwei Jahre später beginnt seine Ausbildung bei der deutschen „Ordnungspolizei“ in Ommen. Im dortigen Straflager „Erica“ wird er Wächter – und macht sich bei den Häftlingen wegen seiner Brutalität rasch einen Ruf als „Beul van Ommen“, als „Henker von Ommen“. Als die Niederlande befreit sind, wird ihm der Prozess gemacht. Unter anderem zwei Morde weisen ihm die Ankläger nach, darunter der an dem Widerstandskämpfer Jan Houtman. Der damals 27-Jährige starb am 17. November 1944 – aus nächster Nähe erschossen von Bikker, als Houtman bereits verletzt am Boden lag. Bikker wird 1949 von einem Gericht in Arnheim zum Tode verurteilt, später wird das Urteil in lebenslange Haft umgewandelt.

„Lebenslang“ dauert für Bikker aber nur noch drei Jahre: Weihnachten 1952 gelingt ihm mit sechs weiteren verurteilten Kriegsverbrechern die Flucht aus dem Gefängnis in Breda. In einer deutschen Grenzstadt eilen die „Sieben von Breda“, wie sie fortan bezeichnet werden, zum Polizeirevier. Ein Bußgeld wegen illegalen Grenzüberttritts ist zwar

fällig, aber Bikker & Co. sind erst einmal sicher vor Nachstellungen der niederländischen Justiz.

Die „Sieben von Breda“ dürfen auch auf Sympathien in Deutschland rechnen. Sie seien „allein aus politischen Gründen verurteilt“ worden, notiert beispielsweise eine Aachener Tageszeitung. Zwar ermittelt die Staatsanwaltschaft bis 1957 gegen den „Henker von Ommen“ – aber erfolglos. Unter anderem, weil das Vertrauen niederländischer Behörden in die westdeutsche Nachkriegsjustiz nicht sehr ausgeprägt ist und Amtshilfe verweigert wird. Umgekehrt kommt eine Auslieferung des „Deutschen“ Bikker an sein Heimatland für die deutsche Seite nicht in Betracht. Bikker hat für die nächsten fast vier Jahrzehnte seine Ruhe. Er arbeitet bei der Northwest Handel AG, widmet sich später im Ruhestand seinem kleinen Garten. Unruhe bringt erst wieder Mitte der 90er Jahre der Gerichtsreporter Jack Kooistra vom „Friesischen Dagblad“ in sein Leben, der über das ruhige Leben des Altnazis in Hagen berichtet. „Stern“-Reporter Werner Schmitz macht sich auf die Spur von Bickers Vergangenheit, spricht mit ihm – und hört von ihm den Satz, der schließlich die Staatsanwaltschaft Dortmund glauben lässt, dass eine Anklage in Deutschland doch noch Erfolg haben könnte: „Dann hab’ ik ihm den Gnadenschuss gegeben“, zitiert der „Stern“-Reporter den Ex-Waffen-SSler, angesprochen auf den Tod Houtmans.

Fraglich ist, ob der Prozess überhaupt stattfinden kann. Am ersten Verhandlungstag vor dem Landgericht Hagen versucht Richter Horst Werner Herkenberg zu ergründen, ob und wie weit der 88-jährige Angeklagte mit seinem schlechten Gesundheitszustand noch verhandlungsfähig ist. Draußen vorm Gericht stehen im strömenden Regen Demonstranten: „Gegen das Vergessen“ steht auf ihrem Transparent. Gemeint sein dürfte auch der Skandal, dass allzu oft ausländischen Kriegsverbrechern im Dienste des Hitler-Regimes dank des Führererlasses, der ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verschaffte, in Deutschland ein ruhiger Lebensabend garantiert wurde. Bikker ist kein Ausnahmefall. „Es ging um eindeutige Fälle von Kriegsverbrechen, begangen von identifizierbaren Tätern, die sich in der Bundesrepublik in Sicherheit gebracht hatten – und dort, vielleicht sogar zu ihrer eigenen Verwunderung, auch eine sichere Bleibe fanden“, schrieb der niederländische Schriftsteller und Regisseur Leon de Winter Ende August in der „Welt“. Sein Beitrag trug den Titel: „Der Führer schützt die Mörder noch“. *Tomas Sager*

Ausland**„Jugendsünden“****Gouverneurs-Kandidaten mit Flecken**

Arnold Schwarzenegger sieht sich nach Bekanntgabe seiner Kandidatur für das Gouverneursamt des Staates Kalifornien heftiger Kritik wegen seiner Mitgliedschaft in der Gruppe U.S. English ausgesetzt. Laut der „Los Angeles Times“ sitzt der gebürtige Österreicher seit 16 Jahren im Beirat der US-amerikanischen Organisation zur Bewahrung von Englisch als offizieller Sprache. Der Schauspieler soll aber seit einem Jahrzehnt keine aktive Funktion mehr für U.S. English ausgeübt haben.

Seit Gründung wird U.S. English vorgeworfen, das Thema der englischen Sprache als Feigenblatt für eine tiefer gehende latent rassistische Agenda zu benutzen. Die Bürgerrechtsvertretung für Latinos „League of United Latin American Citizens“ ruft Schwarzenegger dazu auf, seinen Beiratssitz mit sofortiger Wirkung zurückzugeben. In einem Bundesstaat, in dem die spanischsprachige Bevölkerung in Teilen eine Mehrheit stellt, ist jede Stellungnahme gegen bilinguale Praxis ein politisches Manko. Eine besondere Hypothek ist auch der Rücktritt des Kommunikationsdirektors von U.S. English, James Lubinkas, im August, nachdem das in Alabama beheimatete Southern Poverty Law Center seine Kontakte zu Rechtsextremisten öffentlich gemacht hatte. Lubinkas soll 1999 und 2000 bei einer Konferenz ein Podium mit den notorischen Rassisten David Duke und mit Don Black (stormfront.org) geteilt haben und schrieb noch im Frühjahr 2003 für das Periodikum des Rechtsextremisten Jared Taylor („American Renaissance“).

Auch Schwarzeneggers Herausforderer, der demokratische Vizegouverneur Cruz Bustamante, wird von „Jugendsünden“ eingeholt. In den 70ern war Bustamante Mitglied der radikalen Chicano-Studentengruppe MEChA, die ihre Mitglieder dazu auffordert, „raza“, also ihre Rasse, über alles andere zu stellen und sich für die Befreiung von „Atzlan“ einzusetzen. „Atzlan“ umfasst große Teile des amerikanischen Südwestens und wurde aus Sicht von MEChA durch die „Gringo-Invasion“ der USA von Mexiko gestohlen. Obwohl MEChA mit zahlreichen Gewalt- und Straftaten in Verbindung gebracht wird lehnt es Bustamante bislang ab, sich von der Gruppe zu distanzieren. *Thomas Grumke*

Ausland**Rassismus im Netz****Der Ku Klux Klan verbreitet seine ideologischen Botschaften online.**

Trotz starker organisatorischer Zersplitterung und schwindenden Mitgliederzahlen ist der Ku Klux Klan im Internet heute präsenter denn je. 110 „Chapters“ (Ortsgruppen) der ältesten rechtsextremen Gruppierung der USA unterhielten im vergangenen Jahr 97 verschiedene Webseiten – für 2003 ist bereits ein Top 100-Wettbewerb ausgeschrieben worden. Dabei sind vor allem die Aktivitäten im Bereich der Veranstaltungsorganisation und –promotion deutlich angestiegen. Veranstaltungen wie das von den Imperial Klans of America, der augenblicklich aktivsten Klan-Gruppe, ausgerichtete Musikfestival „Nordic Fest“ werden mittlerweile zu großen Teilen via Internet publik gemacht. Nachdem viele Internetbörsen rechtsextreme Utensilien fast vollständig boykottieren, gehören auch Versandangebote und „Gift Shops“, wie der „K-Bay“ eines Klans aus Indian, zum festen Repertoire. Ein „äußerst lohnenswertes Mittel der Mitgliederrekrutierung“ stellt nach Angaben von Klan-Führer Thomas Robb das Bereitstellen herunterladbarer Aufnahmeanträge dar.

Unverhohlen wird auf den meisten Seiten der Hass auf Schwarze, Juden, Katholiken und Homosexuelle propagiert. Auch Verlinkungen zwischen den Webseiten regionaler „Chapters“ – ungeachtet der Rivalitäten – oder mit anderen „white power“-Organisationen wie den Aryan Nations sind keine Seltenheit mehr. Die kostengünstige und schnelle Kommunikation mit „Brüdern“ in Australien oder Europa (insgesamt existieren in europäischen Ländern 12 so genannte „Reiche“, deren Internetaktivitäten in dem Portal der European White Knights of the Ku Klux Klan gebündelt sind) ist durch die globale Vernetzung weiter ausgebaut worden.

Gedeckt durch die amerikanische Verfassung bleiben die KKK-Webseiten von staatlicher Seite meist unbehelligt. Nach wiederholten Hacker-Angriffen antirassistischer Aktivisten setzen allerdings viele Klans jetzt verstärkt auf weniger kontrollierbare Instrumente wie E-Mail-Listen, Diskussionsforen oder geschlossene „Chat rooms“, in denen die Zukunft der „Weißen Christlichen Revolution“ störungsfrei debattiert werden kann. *Michael Funk*

Aus der Szene

Beißende Kritik

Ein Leitfaden für freie Nationalisten wendet sich gegen „Berufsdemonstranten“ und „Schwätzertum“.

Auf den Internetseiten des Nationalen Beobachters aus Halle/Merseburg ist seit wenigen Wochen ein so genannter Leitfaden für freie Nationalisten eingestellt. In diesem nicht namentlich gezeichneten Beitrag – es wird lediglich von einem Autorenkollektiv gesprochen – wird beklagt, dass die Definition dessen, was ein freier Nationalist sei, bislang „rein willkürlich“ gewesen ist, so dass jeder sich selbst überlassen war und „das Wort ‘frei’ nach seinem persönlichen Belieben“ ausgelegt hätte. Der Leitfaden will daher richtungsweisende Handlungsgrundlage sein unter dem Motto: „Widerstand gegen die herrschenden Zustände muss eine Geisteshaltung im Kopf jedes einzelnen Nationalisten werden!“

„Pseudonationale Vereinsmeierei“

Statt Straßenaktionismus wird eine interne Eigenpositionierung gefordert, die dann in nachhaltige politische Arbeit umzusetzen beziehungsweise durchzusetzen ist. Weiter heißt es: „Die Chance, sich mittels einer nationalen Demonstration inhaltlich zu positionieren und somit überhaupt erst eine politische Wirkung zu erzielen, wurde oftmals gedankenlos verspielt“. Womöglich an die Adresse des Dauerdemonstranten und Neonazi-Veteranen Christian Worch gerichtet, beklagt man: „Die Entwicklung der letzten Jahre dokumentiert eindeutig und für jeden nachvollziehbar, dass die gewaltige Zahl an nationalen Demonstrationen letztlich keinen zählbaren personellen Aufschwung brachte. Anstatt mit Inhalten um die Deutschen vor Ort zu kämpfen, reisten gerade Führungskräfte Wochenende für Wochenende als Berufsdemonstranten quer durch die Republik und unterließen es meistens, die Verantwortlichen zu einer Vor- und Nachbereitung der Demonstrationen aufzufordern“.

Als weiterer Schwachpunkt wird das „Schwätzertum“ ausgemacht. Unter einem wenig schmeichelfaften Bild des Aussteigers Benjamin Poleck, das bereits seit geraumer Zeit im Internet kursiert, ist zu lesen: „Selbstdarsteller und Schwätzer unter-

graben unsere politische Ernsthaftigkeit, arbeiten dem System in die Hände“. Ebenso scharf ins Gericht gehen die Verfasser des Leitfadens mit „selbst ernannten ‘Führungskräfte(n)’“, die rücksichtslos „ihr eigenes Ego über die politischen Ziele“ stellen und überall verbrannte Erde hinterlassen würden. Die Betreffenden, die hier gemeint sind, werden dies sicherlich wissen.

Klarer sind die Angaben zur erwünschten Mobilisierung des „nationalen Widerstandes“, die in einer „gruppen- und parteiübergreifenden Form“ geschehen soll. Eine feste Einbindung in organisatorische oder gar parteiliche Strukturen lehnt man klar ab, was vor allem zu Lasten der NPD und der Jungen Nationaldemokraten gehen dürfte. Flott setzt sich der kritische Reigen fort gegen „rechtes Spießertum“, „eine ghettoisierte und muffige pseudonationale Vereinsmeierei“ sowie Einzelnen, die sich an der Szene bereichern wollen.

Festzuhalten bleibt, dass die Frustration innerhalb des Spektrums der „freien Nationalisten“ größer zu sein scheint, als bisher angenommen. Trotz aller beißenden Kritik bietet aber auch der Leitfaden keine konkreten Alternativen. Der Appell, es dürfe nicht „um die Verherrlichung und Pflege von Subkulturen gehen, wie es uns Presse und Medien täglich vorführen möchten“ und es gelte, genau das Gegenteil dessen zu verkörpern, was die „Gegner in Staat, Medien und Linken“ als Bild über „politisch national orientierte Menschen“ zeichnen, dürfte wohl zwangsläufig ins Leere laufen.

Thomas Grumke

Hinweis

Berlin – In der Reihe „Lebenszeugnisse“ stellt Volker Issmer am 25. September im Gespräch mit Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, sein Buch „Als ‘Mitläufer’ entnazifiziert“ vor. Volker Issmer hat mit diesem Buch die Aufzeichnungen seines Vaters Hugo-Ernst Issmer, eines ehemaligen NSDAP-Funktionärs veröffentlicht. Der begann in den 50er Jahren seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben. Volker Issmer ermöglicht mit der Veröffentlichung dieser „Erinnerungen eines Nationalsozialisten“ Einblick eines das Leben eines „ganz normalen Nazis“. Die Veranstaltung „Lebenszeugnisse“ wird vom Literaturforum im Brecht-Haus und dem Zentrum für Antisemitismusforschung durchgeführt. Donnerstag, 25. September, 20.00 Uhr, Literaturforum, Chausseestraße 125, 10115 Berlin.

NS-Vergangenheit**Moralische Haltung****Die Dänen retteten ihre jüdischen Landsleute vor den Nazis.**

Im Eingang der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem hängt der Rest eines Holzbootes. Das Symbol erinnert an eine Aktion, die in der Geschichte des Holocaust ihresgleichen nicht hat: Die Rettung der dänischen Juden vor den Nazis Anfang Oktober 1943 – also vor 60 Jahren. Aus diesem Anlass wird am 19. September im „Scandinavia House“ in New York eine Ausstellung eröffnet.

In Dänemark ging das tägliche Leben auch nach der Besetzung des Landes durch die Deutsche Wehrmacht am 9. April 1940 fast unverändert weiter. Die Regierung in Kopenhagen blieb im Amt. Außenpolitik zu betreiben war ihr allerdings verboten. Nach einer Vereinbarung zwischen den Besatzern und den Besetzten durfte den dänischen Juden kein Schaden zugefügt werden. Die Mehrheit der Bevölkerung reagierte empört auf jüdenfeindliche Aufrufe der kleinen dänischen NS-Partei. An die Vereinbarung hielten sich sogar die Teilnehmer der Wannseekonferenz in Berlin, bei der am 20. Januar 1942 die Organisation des Mordes an den Europäischen Juden besprochen wurde. Skandinaviern sei vorläufig von der „Endlösung“ auszunehmen.

Mit der deutschen Niederlage in Stalingrad und zunehmenden alliierten Erfolgen wuchs der Widerstand auch in der Bevölkerung Dänemarks. Sabotageakte und Streiks häuften sich, was zu Spannungen zwischen der Besatzung und der dänischen Regierung führte, die Ende August 1943 zurücktrat. Werner Best, der Vertreter der Reichsregierung in Dänemark und ein fanatischer Nazi, verhängte den Ausnahmezustand und schlug vor, jetzt die dänischen Juden zu deportieren. Als die deutsche Polizei in der Nacht zum 2. Oktober mit Verhaftungen beginnen sollte, fand sie fast ausschließlich leere Wohnungen. Die Razzien waren verraten worden. Dabei hat der deutsche Gesandtschaftsattache für Schifffahrtsfragen in Kopenhagen, Ferdinand von Duckwitz, eine Schlüsselrolle gespielt. Zunächst versteckten Dänen ihre jüdischen Landsleute. Fischer erklärten sich bereit, die Verfolgten heimlich nach Schweden zu bringen. Alle Bevölkerungsgruppen machten mit. Gleichzeitig wurden die deutschen Behörden mit Protestschreiben zu-

gedeckt. Kirchenführer forderten die Bevölkerung auf, Juden zu helfen. Universitäten machten für eine Woche dicht, Studenten halfen bei der Rettungsaktion, die drei Wochen dauerte und 7200 Juden vor Auschwitz in Sicherheit brachte. Die Kosten übernahmen zum großen Teil die Retter.

Etwa 500 dänische Juden, vor allem junge Menschen, fielen den Häschern trotzdem in die Fänge und wurden nach Theresienstadt deportiert. Aber auch sie ließ die Bevölkerung zu Hause nicht im Stich. Sie versorgte ihre jüdischen Landsleute mit Lebensmittelpaketen, forderte das eigene Außenministerium auf, bei der Besatzung zu protestieren und verlangte für eine dänische Delegation die Genehmigung, die Deportierten zu besuchen. Judenreferent Adolf Eichmann gab grünes Licht und benutzte die Gelegenheit, der dänischen Delegation und Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz aus der Schweiz in Theresienstadt ein Musterghetto vorzuführen. Die Schweizer Abordnung war von den Zuständen so angetan, dass sie Eichmann anschließend schriftlich dankte. Das brachte Eichmann auf den Gedanken, in Theresienstadt den berüchtigten Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ drehen zu lassen. Die dänischen Juden durften Theresienstadt im Frühjahr 1945 verlassen. Das Schwedische Rote Kreuz brachte sie sicher in ihre Heimat zurück.

Werner Best, der unter anderem vor dem Überfall auf Polen die mordenden Einsatzgruppen der SS zusammengestellt hat und nach der Befreiung in Dänemark zum Tode verurteilt worden war, spielte sich später als Judenretter auf. Er habe die Razzien an die Bevölkerung verraten, schwadronierte er. Der Freiburger Zeithistoriker Ulrich Herbert hat ein vorzügliches Buch geschrieben („Best – Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989“, Dietz Verlag Bonn 1996), in dem er Best enttarnt und der Lüge überführt. Tatsächlich hätte Best die dänischen Juden nämlich lieber in Deportationszügen Osten als in Fischerbooten Richtung Schweden gesehen. Best, in Dänemark Anfang der 50er Jahre begnadigt, ist für seine Taten in der NS-Zeit in Deutschland nie bestraft worden.

Die Rettung der dänischen Juden war „Ausdruck eines hohen moralischen und politischen Verantwortungsbewusstseins“, heißt es in der „Enzyklopädie des Holocaust“. Und: „Mit dieser Haltung unterschied sich Dänemark von allen anderen Ländern unter deutscher Herrschaft.“ *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Geistige Freiräume

Die Weiße Rose in Hamburg: Vom zivilen Ungehorsam zum Widerstand.

Die Hamburger Staatsbibliothek hat einem eher unbekannten Kapitel des Widerstands gegen den Nationalsozialismus eine Ausstellung gewidmet: dem Hamburger Zweig der Weißen Rose, einem norddeutschen Ableger der Widerstandsgruppe um die Geschwister Sophie und Hans Scholl und den Philosophie-Professor Kurt Huber. Im September vor 60 Jahren begannen in der Hansestadt die Verhaftungen von 30 Personen, die zu dem studentischen Freundeskreis gehörten. Einige von ihnen bezahlten ihr Engagement mit dem Leben.

„Die zunehmende Einschränkung der individuellen Freiheit, die Missachtung christlich-humaner Werte und die Verfolgung jüdischer Freunde ließen in den musisch interessierten Kreisen die Gespräche über Dichtung und Kunst immer häufiger in politische Diskussionen übergehen. Ab Herbst 1942 diskutierte man die durch Traute Lafrenz aus München nach Hamburg gelangten Flugblätter der Weißen Rose und fertigte davon Abschriften an, die an vertrauenswürdige Personen weitergereicht wurden“, schreibt Nina Schneider. Die Witwe des Germanisten und Weiße-Rose-Aktivisten Karl Ludwig Schneider hat die Schau konzipiert. Das macht zugleich die Stärke und die Schwäche der Ausstellung aus. Schneider kann auf einen reichlichen Fundus mit amtlichen und persönlichen Dokumenten und Fotos zurückgreifen, konzentriert sich aber zu stark auf ihren Gatten, dem der Großteil der Vitrinen und des Katalogs gewidmet sind.

Gerechtfertigt ist dagegen, die Lebenswege von Hans Leipelt (wurde am 29.1.45 hingerichtet) und Reinhold Meyer (Tod am 12.11.44 im Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel) gebührend zu würdigen. Der Buchhändler und Germanistikstudent Meyer starb im Alter von 24 Jahren nach einem Gestapo-Verhör in den Armen eines Mithäftlings. Schon bald nach dem Abitur nahmen Meyer und einige ehemalige Klassenkameraden Kontakt zu oppositionellen Gruppen in der Hansestadt auf. An der Universität Hamburg gab es in der Nazizeit nur wenige Refugien für geistige Unabhängigkeit. Das Anthropologische Kolloquium unter Leitung von Professor Wilhelm Flitner war so ein Ort. Dort fan-

den Kritiker und Gegner des Nationalsozialismus zusammen und verbreiteten in Referaten humanistisches Gedankengut, zitierten Passagen verbotener Literatur. Reinhold Meyer gehörte zu diesem Kreis. Zu einem festen Treff entwickelte sich auch die Buchhandlung seines Vaters Johannes P. Meyer. In den Kellerräumen des Hauses Jungfernstieg 50 empfing der Juniorchef Gleichgesinnte, die über Literatur aus dem Giftschränk der Nazis sprachen. Zu den Zusammenkünften kamen auch Künstler und Intellektuelle wie der Jazzmusiker Olaf Hudtwalcker oder der Schriftsteller Louis Satow. „Die Abende hatten schon fast den Charakter einer sich organisierenden Gemeinschaft. Man traf sich hier im größeren Kreise, laufend kamen neue, ebenfalls oppositionell gestimmte Menschen hinzu und beinahe systematisch wurden hier auf hohem Niveau alle uns junge Menschen bewegende Fragen diskutiert“, erinnerte sich der zum Kern der Gruppe gehörende Heinz Kucharski später.

Dann flog die Münchner Gruppe auf. Nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl im Februar 1943 verließ Meyer die Hansestadt. Im Harz fand er bei einem Freund des Vaters Unterschlupf. Die Gestapo kam aber auf seine Spuren und verhaftete ihn im Dezember 1943 wegen des Verdachts auf „Vorbereitung zum Hochverrat“. Ein halbes Jahr befand er sich in Fuhlsbüttel in Einzelhaft. Zu einem Prozess gegen ihn kam es nicht mehr. Nach einem dreimonatigen Arbeitseinsatz im KZ Neuengamme wurde Reinhold Meyer im Oktober erneut nach Fuhlsbüttel verbracht, wo er einen Monat später umkam. Mindestens 250 Menschen ließen in „Kolla-Fu“, wie der Ort im Norden Hamburgs im zeitgenössischen Sprachgebrauch hieß, zwischen 1933 und 1945 ihr Leben. Sie starben an Misshandlungen, durch Folter oder wurden von Wachmannschaften oder Gestapo zur Selbsttötung getrieben.

Nur am Rande der Schau werden Heinz Kucharski und Albert Suhr erwähnt, die zum Kern der Weißen Rose gehörten und beide weit links standen. Kurz vor seinem Tod 1996 sagte Suhr über den ehemaligen Mitstreiter: „Kucharski war ein ausgesprochener Agitator. Er war der Motor der Hamburger Weißen Rose. Wir leisteten damals aus humanistischen Gründen Widerstand und waren sehr radikalisiert. Kucharski meinte, wir müssten unbedingt etwas tun. Alles andere sei Lyrik.“ **Volker Stahl**
Hamburger Studenten und die Weiße Rose – Widerstehen im Nationalsozialismus, Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg, bis 25. Oktober, täglich außer Sonntag.

Bücherschau**Fruchtbarer Boden****Legende von der sauberen Wehrmacht**

Es ist das Verdienst der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ und einer ganzen Reihe von Historikern des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, dass Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Zeit eine der letzten Legenden über dieses unrühmliche Kapitel deutscher Geschichte widerlegt worden ist, nämlich die Legende der sauberen Wehrmacht. Auch der 1940 geborene Wolfram Wette zählt zu diesen kritischen Wissenschaftlern, die in vielen Einzelstudien Mosaikstein um Mosaikstein zusammengetragen haben, um ein authentisches Bild der deutschen Wehrmacht und ihrer Haltung zur rassistischen Ideologie der Nazis zu zeichnen. Im vorliegenden Werk bietet er eine Gesamtsicht über die Voraussetzungen und Entwicklungslinien, die die Zusammenarbeit von Nationalsozialisten und Militärs kennzeichnen.

Als ein Schlüsselereignis dieser Kooperation betrachtet der Autor die Geheimrede Hitlers am 30. März 1941 vor 250 Generälen, die er dazu nutzte, um die Offiziere auf die Besonderheiten des geplanten Angriffs auf die bis dahin verbündete Sowjetunion einzuschwören. Eindringlich wies er dabei darauf hin, dass es sich um einen „Weltanschauungskrieg“ handeln würde, genauer gesagt, um einen Rassen- und Vernichtungskrieg. Seitens der Generäle gab es keinerlei Protest. Wie sehr sie die ideologischen Vorgaben verinnerlicht hatten, beweist ein Befehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau: „Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen.“

Als „Träger einer unerbittlichen völkischen Idee“ war es dann für die Wehrmachtssoldaten nahe liegend, die Einsatzgruppen der SS bei ihrem mörderischen Treiben nicht nur gewähren zu lassen, sondern aktiv zu unterstützen. Oder gar wie in Serbien den Mord an Juden und Roma gleich selbst in die Hand zu nehmen. Dass diese Beteiligung am Massenmord alles andere als selbstverständlich

war, zeigt die Haltung italienischer Offiziere, die sich immer wieder weigerten, Juden an deutsche Stellen auszuliefern. Ausführlich geht Wette auf den Mord an 90 jüdischen Kindern in der Ukraine ein, der sich genauso im Aktionsbereich der 6. Armee (deren schreckliches Ende in Stalingrad immer eigentümlich losgelöst von ihrer vorherigen Blutspur durch den Süden Russlands medial aufbereitet wird) ereignete, wie das Massaker von Babij Jar, dem über 30 000 Juden zum Opfer fielen.

Das Kriegsgeschehen und die verübten Verbrechen machen nur einen Teil des Buches aus. Die Hauptintention des Verfassers liegt eher darin, begreiflich zu machen, wie diese Verstrickung des Militärs geschehen konnte. Schon ein Blick in ein deutsches Konversationslexikon aus dem Jahr 1866 offenbart tief sitzende rassistische Vorurteile über die Russen, denen neben einigen guten Eigenschaften auch „Gefräßigkeit, Grausamkeit, Arglist und Tücke“ sowie eine „Neigung zu Betrug und Diebstahl“ unterstellt wird. Bereits im preußischen Offizierskorps waren Antisemitismus und Rassismus die Norm, wusste man sich doch damit einig mit dem obersten Kriegsherrn Wilhelm II. Unhaltbare Vorwürfe über den mangelnden Einsatz jüdischer Soldaten im 1. Weltkrieg trugen nicht unwesentlich zur späteren Dolchstoßlegende bei. So verwundert auch nicht, dass es kaisertreue Offiziere waren, die zu Beginn der Weimarer Republik unter dem Beifall eines bürgerlichen Publikums Revolutionäre und jüdische Exponenten der Regierung ermordeten. Antidemokratisches und antisemitisches Denken war derart im Militär der Weimarer Zeit verankert, dass Hitlers Machtübernahme und die von ihm alsbald verfüigten Richtlinien willig akzeptiert wurden.

Ausführlich schildert Wette auch die Legendenbildung von der sauberen und zu Verbrechen missbrauchten Wehrmacht gleich nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Unter tätiger Mithilfe von Politikern wie Eisenhower und Adenauer, deren Intentionen eher vorwärtsgerichtet der Entwicklung des Kalten Kriegs und dem Aufbau der Bundeswehr galten, als der Abrechnung mit Verantwortlichen für Gräueltaten auf dem Gebiet des aktuellen Feindes, strickten etliche ungeschoren davon gekommene Wehrmachtsgrößen fleißig am Bild einer moralisch einwandfreien Truppe, das von einer Gesellschaft mit Schlussstrichmentalität nur allzu bereitwillig verinnerlicht wurde.

Dietmar Adam

Wolfram Wette, Die Wehrmacht: Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/Main 2002 (Fischer-Verlag), 376 Seiten, 24,90 EUR.

Aktivitäten

Rechte Gesellschaft

„Deutsches Land bis Kärnten und Wien“

Vom 17. bis 21. September finden im Hotel „Zum Widitscher“ im idyllischen Luftkurort Sirtitz die „12. Kärntner Kulturtage“ des rechtsextremen Kulturwerks Österreich statt. Geworben wird für das Treffen der Ewiggestrigen unter anderem in der Monatszeitschrift „Der Eckart. So weit die deutsche Sprache reicht“, der Zeitschrift der „Österreichischen Landsmannschaft“. Das österreichische Innenministerium zählt die „Kärntner Kulturtage“ zu den jährlich stattfindenden erwähnenswerten rechtsextremen Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung. Erwartet werden wieder Teilnehmer „aus allen deutschen Landen, von Schleswig-Holstein bis Kärnten und Wien.“

Vorsitzender des 1992 gegründeten „Kulturwerks Österreich“ ist Otto Scrinzi (Klagenfurt), Ex-SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, später stellvertretender FPÖ-Parteiohmann. Als Stellvertreter stehen ihm Walter Marinovic (Wien), Referent bei der NPD, der Gesellschaft für freie Publizistik und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), und Imke Thomas (Sütdorf/Deutschland), die bei der rassistischen „Artgemeinschaft“ aktiv ist, zur Seite.

Vorträge zum Thema „Untergang oder Anfang Europas“ sollen in Sirtitz neben Marinovic und Scrinzi unter anderem Rudolf Czeppan („Aula“-Autor, Referent bei der „Artgemeinschaft“, dem „Armanenorden“, der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) und Käthe Sabath (Referentin beim „Ostdeutschen Literaturkreis“) halten. Auch bundesdeutsche Vertreter werden auf dem rechtsextremen Treffen anwesend sein; darunter neben anderen: Albrecht Jebens (CDU-Mitglied, Autor in der „Jungen Freiheit“ und dem revisionistischen „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG), Vorsitzender der „Hans Filbinger Stiftung“, Ex-Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim; SZW), Konrad Pingel (Referent bei der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt und der SWG, SZW-Mitglied, DGG-Autor) und Wolf Dieter Schröppe (Bund Deutscher Unitarier, Autor in „Mensch und Maß“, der „Ludendorff-Bewegung“ und der „Nordischen Zeitung“, dem Sprachrohr der „Artgemeinschaft“). Anton Maegerle

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 9/2003: Aufmacher des Hefts sind die maroden Staatsfinanzen. Für Harald Neubauer proklamierten die Politiker einen „Altersklassenkampf“ auf Kosten der deutschen Rentner, während sie das Geld „anderweitig aus dem Fenster schütten“ würden. Neubauer rechnet vor, wie viele Gelder Deutschland „als Sozialamt der Dritten Welt“ nach Afghanistan, in den Balkan, „morgen womöglich in den Irak“ pumpe, ferner 15 Milliarden Euro für „das Monster in Brüssel“ und fünf Milliarden für „ehemalige Fremdarbeiter in Osteuropa“. Als Mittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit empfiehlt Michael Brückner die Rückbesinnung auf „nationale Prioritäten“; „Grundproblem“ sei, „dass nämlich den Deutschen seit Jahrzehnten die nationale Selbstverleugnung abverlangt“ werde. Das aussterbende deutsche Volk bedürfe dringend „bevölkerungspolitischer Sofortmaßnahmen“, fordert Petra Wernicke. Sie sieht hier aber ein „Dilemma der patriotischen Parteien“ durch das Verbot der „nationalen Präferenz“, da von jeder „zusätzlichen Maßnahme zur Geburtenförderung“ Ausländer überproportional profitierten und die Deutschen noch mehr ins Hintertreffen gerieten. Als Vorbilder für die Integration gelten für Karl Richter die Habsburgermonarchie mit ihren moslemischen Untertanen und die drei moslemischen Divisionen der Waffen-SS. Eine Ungleichbehandlung erkennt NE bei der kritisierten Entgleisung Silvio Berlusconis im Europäischen Parlament gegenüber dem SPD-Abgeordneten Martin Schulz wegen des KZ-Aufsehers, wo doch weiland die REP – und somit Harald Neubauer – eben dort „mit der Faschismuskeule windelweich geprügelt“ worden seien. Franz Schönhuber sieht in seiner Kolumne die „Umerziehungsdämme brechen“ und plädiert für Nachsicht mit Schriftstellern und Politikern, die „irgendwo einen Satz geschrieben haben, der der heutigen political correctness nicht entspricht“. Ihn selbst erinnern aktuelle Begebenheiten offenbar immer wieder an das Dritte Reich, wozu er mehrfach Parallelen zieht. In einem ausführlichen Nachruf wird der verstorbene „Selbstdenker“ und „Patriarch der deutschen Rechten“ Armin Mohler gewürdigt. Zum 11. September bietet man als Beleg für die „gigantische Inszenierung“, wobei „Spuren auf den Mossad“ hindeuteten, die Machwerke der Verschwörungstheoretiker Thierry Meyssan und Andreas von Bülow auf. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Bad Aibling/Bernau** – Der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert ist am 27. September als Redner für gleich zwei Veranstaltungen vorgesehen. In Bad Aibling findet am Vormittag eine Demonstration gegen amerikanische Wirtschaftsspionage statt, die von der NPD Oberbayern veranstaltet wird. Neben Ollert wird Roland Wuttke von der Organisation „Demokratie direkt“ auftreten. Am Nachmittag ist dann in Bernau am Chiemsee ein Aufmarsch unter dem Motto „Freiheit für Friedhelm Busse“ vorgesehen, wobei wieder Ralf Ollert und der bayerische JN-Landesvorsitzende Stefan Göbeke-Teichert auftreten. Am Anschluss an die Demonstrationen wollen die Rechtsextremisten dann das Münchner Oktoberfest heimsuchen. Auf der Internet-Seite der NPD heißt es, dass beide Aufmärsche unter anderem von der „Fränkischen Aktionsfront“, dem „Aktionsbüro Süddeutschland“, „Demokratie direkt“, vielen Kameradschaften und NPD/JN-Verbänden unterstützt würden.

■ **Braunschweig** – Die NPD hat für den 18. Oktober eine Demonstration in Braunschweig angemeldet. Sie soll unter dem Motto „Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land“ stehen. Als Redner sind der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Hamburger Neonazi Thomas „Steiner“ Wulff angekündigt. Derzeit versucht die NPD in Niedersachsen eine Kampagne „Heimreise statt Einwanderung“ zu fahren. So fand bereits am 25. Mai in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover eine Kundgebung mit dieser Parole statt.

■ **Dresden** – Im Prozess um zwei brutale Überfälle auf Migranten in Dresden sind die beiden Angeklagten gestern zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Das Dresdner Landgericht verhängte gegen den 18-jährigen Maik S. drei Jahre und vier Monate und gegen den 19-jährigen Rene K. zwei Jahre und zehn Monate Haft. Sie wurden unter anderem der gefährlichen Körperverletzung und Volksverhetzung schuldig gesprochen. Nach Überzeugung des Gerichts hatten die beiden Rechtsextremisten mit Gleichgesinnten Ende 2002 einen Ungarn in Dresden überfallen und schwer verletzt. Wenige Monate später hätten sie außerdem einen Tunesier in der Straßenbahn beleidigt und mit einer Bierflasche attackiert. Nach dem Überfall hat-

ten die Täter ausländerfeindliche Parolen skandiert und antisemitische Hetzlieder gegröht. Den Angeklagten war auch vorgeworfen worden, nach dem Überfall auf den Ungarn die Ermordung des Opfers verabredet zu haben. Sie hätten dies dann aber nicht in die Tat umgesetzt, hieß es. Der in einem Park misshandelte Mann hatte sich zu einer Haltestelle schleppen können.

■ **Halberstadt** – Anfang September durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft in Halberstadt diverse Wohnungen von Mitgliedern der Rechtsrock-Band „Skinheads Sachsen-Anhalt“ (SSA). Es wurden rechtsextreme Tonträger, Hakenkreuzfahnen, Hitlerfiguren sowie eine große Anzahl von Propagandamaterial beschlagnahmt. Gegen die Bandmitglieder werde wegen Volksverhetzung ermittelt, heißt es in der „Magedeburger Volksstimme“. Nach Angaben der zuständigen Verfassungsschutzbehörden war die Neonazi-Band aus Halberstadt 2002 gegründet worden und trat „vermutlich“ im April bei der Neueröffnung des rechtsextremen Szene-Treffpunkts „Zum Reinheitsgebot“ auf. Bereits einen Monat zuvor hatte die Polizei ein Skinheadkonzert in Sachau in der Altmark aufgelöst. Dort hatten sich etwa 160 Besucher versammelt, um neben der rechten Band „Sperrfeuer“ auch die „SSA“ zu hören. Die rechtsextreme Versandfirma Barbarossa-Versand aus Sangerhausen bewirbt die neue CD der SSA: „Ein moderner, harter Sound lässt das Teil ordentlich knallen. (...) Wer Störkraft vermisst und sich das Ganze im Gewand des Jahres 2003 vorstellen kann und aggressiven tiefen Gesang mag, der braucht hier nicht lange zu überlegen.“ Bei einem Überfall von Neonazis auf ein Konzert linker Jugendlichen im Club „Zora“ im August war ein Besucher schwer verletzt worden. Die „Skinheads Sachsen-Anhalt“ rückten ins Visier der Fahnder, als in der Wohnung des mutmaßlichen Haupttäters CDs der Band gefunden wurden. Der 30-Jährige sitzt wegen des Überfalls in Untersuchungshaft – er ist Mitglied der SSA. Die CD heißt: „Der Kampf hat begonnen“.

■ **Hennigsdorf** – Der 26-jährige Neonazi Karsten Giese hat weitgehend gestanden, einen Brandanschlag auf ein türkisches Lokal verübt zu haben. Giese hatte am Mittwochabend, den 3. September zwei lodernde Brandflaschen gegen die Gaststätte „Yala“ in Hennigsdorf geschleudert. Der 26-Jährige erschien selbst wenige Tage später mit einem Koffer bei der Polizei und stellte sich. Gegen ihn war eine Zielfahndung ausgelöst worden. Er muss sich wegen versuchten Mordes und wegen Brand-

stiftung verantworten. Am Nachmittag vor der Tat hatte sich Giese mit dem Betreiber des Lokals geschlagen. Der Neonazi wurde leicht verletzt. Vier Polizisten der örtlichen Wache beendeten die Schlägerei. Nach Angaben des Betreibers des Lokals habe Giese ihm gedroht „ich töte alle Türken“. Giese, in Berlin gemeldet, hat bereits eine „Karriere“ in der rechten Szene hinter sich. Er war Anführer der „Kameradschaft Oberhavel“, die 1997 verboten wurde, dann trat Giese als „Schatzmeister“ des Neonazi-Vereins „Die Nationalen“ auf, der sich 1998 auflöste.

■ **Kiel** – Die NPD in Schleswig-Holstein hat den neonazistischen Landesvorstand unter Peter Borchert weitgehend abgewählt. Neuer Landesvorsitzender der NPD ist seit dem 24. August Uwe Schäfer, der bereits früher dieses Amt inne hatte. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden auf dem Landesparteitag Jens Lütke, Heino Förster und Wolfgang Schimmel bestimmt; das Amt des Schatzmeisters übernahm Arthur Nissen.

■ **München** – Am 10. September jährte sich zum zehnten Mal der Todestag des Verfassungsrechtlers Theodor Maunz (1901 bis 1993). Aus diesem Anlass wird Maunz in der rechtsextremen „National-Zeitung“ (NZ; Ausgabe 37/03) als „Der Deuter des Grundgesetzes“ gefeiert. Noch heute amüsiert man sich bei der NZ darüber, dass erst nach dem Tod von Maunz (CSU) bekannt wurde, dass dieser „maßgeblich an der Ausarbeitung des Programmes und der Satzung der Deutschen Volksunion beteiligt gewesen“ war und ohne Verfasserangabe Artikel in der „Deutschen National-Zeitung“ (heute: „National-Zeitung“) veröffentlichte. Die NZ schreibt dazu: „Nach Maunz' Tod löste es in gewissen etablierten Kreisen von Medien und Politik Entsetzen bis an die Grenze der kollektiven Herzinsuffizienz aus, als bekannt wurde, dass der wichtigste Grundgesetzfachmann unter Deutschlands Rechtsprofessoren über Jahrzehnte, bis zuletzt, Freund und juristischer Berater“ von DVU-Chef Gerhard Frey gewesen war.

■ **München** – Das Jahrestreffen des extrem rechten Witikobundes findet vom 10. bis 12. Oktober an einem bisher geheim gehaltenen Ort in Nordbayern statt. Im November 2001 gab die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage bekannt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen“ beim Witikobund festgestellt habe. Vorsitzender des Wi-

tikobund ist seit 1996 Horst Rudolf Übelacker, Ex-Republikaner-Kreisvorsitzender von München-Land. Übelacker, Buchautor des Grabert-Verlags, greift unter anderem für die „Junge Freiheit“ und „Zur Zeit“ zur Feder.

■ **Nürnberg** – Lediglich 150 Neonazis folgten am 6. September dem Aufruf von Gerd Ittner (Freier Nationalist, vormals Mitglied von DVU und NPD) zur „Großdemonstration“ des „freien nationalen Widerstandes“ unter dem Motto „Stolz und treu – macht Deutschland frei!“ in Nürnberg. Redner waren neben Ittner unter anderem Christian Worch (Freier Nationalist), Yvonne „Mädel“ (Meiningen), Axel Reitz (Leiter des Kampfbundes Deutscher Sozialisten-Gau Rheinland, Anführer der Kameradschaft Walter Spangenberg Köln), Michael Burkert (Deutsche Partei), Hartmut Wostupatsch (Freier Nationalist) und Dieter Riefling (Freier Nationalist, Ex-Blood&Honour-Kader).

■ **Saarbrücken** – Tomislav Sunic, 1953 in Kroatien geborener Politikwissenschaftler, fungierte bei der „Europäischen Sommeruniversität“, die der NPD-Landesverband Saarbrücken vom 15. bis 17. August durchführte, als Dolmetscher von Horst Mahler. Mahlers Rede zur „Freund-Feind-Bestimmung in der Politik“ wurde vom „Junge Freiheit“-Autor Sunic simultan in die englische Sprache übersetzt. Nach Beendigung seiner Dolmetscher-Tätigkeit flog Sunic, vormals kroatischer Gesandter bei der Europäischen Union in Brüssel, zu Gleichgesinnten nach Sacramento/USA. Sunic, Referent beim Studienzentrum Weikersheim (SZW) und der Deutschen Burschenschaft (DB), ist seit Jahren einer der weltweit aktivsten Revisionisten. Er tat sich unter anderem beim Institute for Historical Review (IHR) und bei Nuovo Ordine Europeo hervor.

■ **Straubing** – Unter dem Slogan „Beckstein quälen – Rossi wählen“ führt die NPD in Niederbayern am 20. September eine „große Abschlusskundgebung“ am Straubinger Hauptplatz durch. Die NPD kandidiert in Niederbayern zu den Bezirkstagswahlen, die zeitgleich mit den Landtagswahlen am 21. September stattfinden. Auf der Veranstaltung spricht Sascha Roßmüller, für musikalische Unterhaltung sorgen die NPD-nahen Liederbarden Frank Renniecke und Michael Müller.

■ **Struppen** – Am 23. August sollte in Struppen in der Sächsischen Schweiz ein Skinkonzert mit 200 Besuchern, darunter bekannte Personen aus dem Milieu der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz,

stattfinden. Als die Polizei die Veranstaltung auflösen wollte, wurden Bierflaschen geworfen, die einen Beamten verletzten. Ein zweiter Verletzter war ein Gast. Er musste zur Notoperation in die Klinik. Die Bemühungen, das Auge zu retten, waren vergeblich. Ermittelt wird gegen den Täter wegen schwerer Körperverletzung. Das Opfer seiner Kameraden soll der Sänger der Band „Deutsch-Stolz-Treu“ sein, gegen die demnächst verhandelt wird.

Ausland

■ **Kanada (Ottawa)** – Laut der kanadischen Zeitung „Hill Times“ hat das UN Menschenrechtskomitee (OHCHR) in Genf eine Beschwerde des deutsch-kanadischen Holocaust-Leugners Ernst Zündel abgewiesen, der sich vom Parlament in Ottawa im Juni 1998 ungerecht behandelt gefühlt hatte. Der Streitfall nahm vor über fünf Jahren seinen Anfang, als es Zündel gelang, den Charles Lynch Pressekonferenzsaal im Parlamentsgebäude zu buchen, um sich hier vor der Presse über seine ungerechte Behandlung zu beklagen. In Folge dessen setzten eine Reihe von Abgeordneten parteiübergreifend ein Hausverbot für Zündel durch, so dass dieser eine improvisierte Pressekonferenz vor dem Parlament abhalten musste. Nachdem Zündel in seiner Wahlheimat Kanada in allen Instanzen keinen gerichtlichen Erfolg mit seinen Beschwerden hatte, wandte er sich 2000 an das OHCHR in Genf – um eine weitere in einer Serie von Niederlagen einzustecken.

■ **Russland (Moskau)** – Die Kommunistische Partei Russlands hat für die bevorstehende Duma-Wahl mit dem ehemaligen Gouverneur von Krasnodar, Nikolai Kondratenko, einen ausgewiesenen Nationalisten und Antisemiten auf Platz zwei ihrer Wahlliste gesetzt. Kondratenko hatte in der Vergangenheit im südrussischen Verwaltungsgebiet Krasnodar mit einer auf Eigenständigkeit gegenüber Moskau bedachten und mit antisemitischen Sprüchen garnierten Politik Wahlergebnisse von über 60 Prozent erreicht. Parteiführer Gennady Zyuganow, der selbst auf Platz eins der Liste steht, hofft anscheinend, dass der rustikale Kondratenko die nationalkommunistische Flanke der Wählerschaft bei der Wahl am 7. Dezember bedienen kann.

■ **Schweiz (Walkringen)** – Militante Antifaschisten haben am 11. August den Parteitag der rechtsextremen Partei National orientierter Schweizer (PNOS) im bernischen Walkringen verhindert. Dabei wurde das Adressenverzeichnis (339 Adressen)

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner: vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
 Heft 19/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

von Bernhard Schaub, dem PNOS-„Chefideologen“ („St. Galler Tagblatt“), entwendet und den Medien zugespielt. Bundesdeutsche Kontakte von Schaub sind demnach unter anderem: Adolf Schleipfer (Armanenorden), Holger Apfel (NPD-Bundesvize), Markus Bihler (Ein Herz für Deutschland), Hans-Günther Fröhlich (Tempelhofgesellschaft), Roland Grassl (NPD Freiburg), Jens-Ulf Handwerk (Artgemeinschaft), Jan Udo Holey (alias Jan van Hel-sing), Pierre Krebs (Thule-Seminar), Alexander Kleber (Junge Landsmannschaft Ostpreußen), Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik), Alfred Mecht-ersheimer (Deutschland-Bewegung), Horst Mahler, Jürgen Rieger und Manfred Roeder.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.